

Pressemeldung

Feuerfest: Die Krise am Energiemarkt führt zu existenzgefährdenden Situationen Forderungen der mittelständischen Feuerfest-Branche an die Bundesregierung

Höhr-Grenzhausen, 14. September 2022

Die explodierenden Energiepreise und die Erdgas-Mangellage mit drohenden Abschaltungen führen zur Existenzgefährdung von vielen mittelständischen Feuerfest-Betrieben,“ erklärt Thomas Kaczmarek, Geschäftsführer des Wirtschaftsverbandes „Deutsche Feuerfest-Industrie e.V. (DFFI).“

Gemeinsam im „Bündnis faire Energiewende“ werden die Forderungen für eine rasche und verlässliche Energiepolitik erarbeitet und der Bundesregierung sowie den tragenden Parteien im Bundestag übergeben. Das Bündnis vertritt branchenübergreifend mehr als 10 000 deutsche Unternehmen mit ca. einer Million Beschäftigten und etwa 200 Milliarden Euro Jahresumsatz.

„Wir haben weltweit die höchsten Strompreise,“ beklagt der Geschäftsführer. Der Merit-Order-Effekt führe bei der Preisermittlung für Strom zu exorbitant steigenden Preisen. Für die energieintensiven Branchen müsse langfristig ein wettbewerbsfähiger Industriepreis für Strom und Gas eingeführt werden. „Auch die Forderungen nach europarechtlich zulässigen Mindeststeuersätzen für Energie oder die Entlastungen bei der nationalen CO₂-Bepreisung werden wir weiterhin mit Nachdruck in das politische Netzwerk einspeisen. Es wäre doch besser, den Unternehmen Finanzmittel zu belassen und nicht wegzusteuern. Nur so bleiben sie in der Lage, mit hohem Engagement in klimafreundlichere Prozesse und Produkte zu investieren und zur nachhaltigen CO₂-Reduzierung beizutragen.“

Zu den Forderungen im Einzelnen:

Einführung eines wettbewerbsfähigen Industriepreises für Strom und Gas

Die Bundesregierung muss schnellstmöglich gemeinsam mit der EU-Kommission einen international wettbewerbsfähigen Industriepreis für Strom und Gas einführen. Bundeskanzler Scholz hatte als noch als Kanzlerkandidat einen Strompreis von 4 Cent pro kWh als sein Ziel bezeichnet. Ein wettbewerbsfähiger Strompreis ist die Grundlage für die Energie- und Klimawende. Dadurch können die Unternehmen aus eigenen Mitteln innovative Lösungen für energiesparende Prozesse und Produkte entwickeln.

Strompreis-System „Merit-Order“ vermeiden – Strombörsenpreis senken

Das gegenwärtig an der Börse praktizierte System zur Preisermittlung für Strom führt zu exorbitant steigenden Preisen und zu absurd hohen Gewinnen ausgerechnet bei den Stromerzeugern, die über viele Jahre gerade auch durch die von der mittelständischen Industrie gezahlte EEG-Umlage subventioniert worden sind.

Der Grund dafür ist, dass die für die Stromerzeugung noch notwendigen Gaskraftwerke den Strompreis für alle anderen Stromsorten setzen. Die früher akzeptablen Effekte dieses Systems haben sich innerhalb kürzester Zeit zu einem großen Problem entwickelt. Auch gilt es, das Angebot im Strommarkt schnellstens zu erhöhen, damit der Preis sinken kann. Dazu müssen die Kohlekraftwerke aus der Reserve wieder ans Netz gebracht und die derzeit noch laufenden Kernkraftwerke über das Jahresende 2022 hinaus weiter betrieben werden. In dieser Krise sind pragmatische Entscheidungen gefordert.

Strom- und Energiesteuern auf europäisches Minimum absenken

Die Energie- und Stromsteuern müssen auf die europarechtlich zulässigen Mindeststeuersätze gesenkt werden. Für die Stromsteuern muss dies dauerhaft gelten, damit klimafreundliche Stromanwendungen wettbewerbsfähig werden.

Entlastung bei der nationalen CO2-Bepreisung für das produzierende Gewerbe

Um einen wirksamen Carbon-Leakage-Schutz beim nationalen CO2-Preis für die mittelständischen Industrieunternehmen auf dem vernünftigsten, effizientesten und schnellsten Weg zu erreichen, muss das gesamte produzierende Gewerbe schnellstmöglich von einem überwiegenden Teil der rein nationalen CO2-Kosten entlastet werden.

Netzentgelte und Umlagen bei Strom und Gas anteilig aus Bundeshaushalt finanzieren

Ein Teil der Netzentgelte und der sonstigen Umlagen bei Strom und Gas sollte durch den Bundeshaushalt übernommen werden. Eine Teilfinanzierung der Stromnetz-Entgelte aus dem Bundeshaushalt wurde im Zusammenhang mit der Diskussion um den Kohleausstieg von der Politik bereits zugesagt.

Krisenbeihilfe-Rahmen der EU-Kommission vollständig nutzen - Krisenhilfen vereinfachen und verlängern

Die Bundesregierung muss die Spielräume des Krisenbeihilfe-Rahmens der EU Kommission zur Entlastung von den hohen Erdgas- und Strompreisen vollumfänglich nutzen und das Antragsverfahren deutlich vereinfachen. Gemeinsam mit der EU-Kommission muss die Bundesregierung dringend dafür sorgen, dass der Krisenbeihilfe-Rahmen über das Jahr 2022 hinaus verlängert und die Liste der entlastungsberechtigten Sektoren auf allen Beihilfestufen erweitert wird.

Die Zugehörigkeit zur KUEBLL Liste, der Nachweis der Energieintensität oder ein Unternehmensverlust aufgrund der hohen Energiepreise sollten alternative Voraussetzungen für die Beihilfe sein.

Energieträgerwechsel ermöglichen und beschleunigen – Genehmigungsverfahren vereinfachen – heimische Ressourcen sicher nutzen

Viele Unternehmen versuchen derzeit kurzfristig von Erdgas auf andere, günstigere Energieträger zu wechseln (Fuel switch), stoßen aber derzeit noch auf bürokratische Hürden bei der Umsetzung solcher Vorhaben. Bund und Länder haben hier bereits Vereinfachungen auf den Weg gebracht, müssen jetzt aber gemeinsam dafür sorgen, dass die Genehmigungsbehörden die Spielräume auch zugunsten der Umsetzung von Vorhaben nutzen.

Diese pragmatische Haltung muss dringend auch beim Ausbau der Stromnetze und der Erneuerbaren Energien genutzt werden. Für die Zukunft sollte intensiv und ergebnisoffen geprüft werden, ob sich nicht auch in Deutschland weitere erhebliche Erdgasmengen sicher fördern lassen. Warum die mittelständische Industrie faire Energiepreise braucht, erfahren Sie hier: <https://www.faire-energiewende.de/>

Ansprechpartner für die Medien:

Heike Kohns

Deutsche Feuerfest-Industrie e.V. | Rheinstraße 58 | 56203 Höhr-Grenzhausen

T: +49 2624 9433-114 | E: kohns@dffi.de